

Der Beitrag der Bundesländer zum Brutto-Nationalprodukt 1964 bis 1970

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat bisher in zwei Publikationen Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung regional gegliedert. Die Schätzwerte bezogen sich auf das Jahr 1957 („Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern“, Beilage Nr. 60, Wien 1959) sowie auf die Jahre 1952, 1957, 1961 und 1964 (H. Seidel, F. Butschek, A. Kausel, „Die regionale Dynamik der österreichischen Wirtschaft“, Studien und Analysen, Nr. 1, Wien 1966).

Gelegentliche Berechnungen für einzelne Stichjahre, die zum Teil bereits weit zurück liegen, genügen jedoch weder für die Regionalforschung noch für die Regionalpolitik. Das Institut bemüht sich daher seit längerem um eine Regionalisierung der jährlichen Volkseinkommensstatistik. Die vorliegende Arbeit präsentiert ein wichtiges Teilergebnis: den Beitrag der neun Bundesländer zum nominellen Brutto-Nationalprodukt der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1964 bis 1970, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen.

Die Berechnungen schöpfen die vorhandenen Primärstatistiken weitgehend aus. Das Österreichische Statistische Zentralamt stellte Sonderauswertungen und das Wiener Institut für Standortberatung Untersuchungen über die regionale Verteilung von Zentralbüros der Industrie und der Wertschöpfung des öffentlichen Dienstes zur Verfügung. Die Rohergebnisse wurden mit den zuständigen Abteilungen der Landesregierungen diskutiert. Dennoch mußte in vielen Fällen auf fundierte Schätzungen zurückgegriffen werden und manche Teilgrößen sind noch ungenau. Die Kluft, die zurzeit zwischen den Ansprüchen der Regionalpolitik und der Menge sowie der Qualität der Primär- und Sekundär-Statistiken besteht, wird in enger Zusammenarbeit aller interessierter Stellen nur allmählich geschlossen werden können.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf die Präsentation der statistischen Daten sowie auf die Beschreibung der Hauptergebnisse und der Schätzmethode. Eine komparative Analyse der Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Bundesländer wird später nachgeholt werden, wenn zusätzliche Statistiken (insbesondere die Ergebnisse der Volkszählung 1971) vorliegen. Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Inlandsprodukt der Bundesländer wird in einem eigenen Aufsatz im nächsten Monatsbericht kommentiert und analysiert werden. Die Trennung empfahl sich deshalb, weil im Zuge der Berechnungen viele Detailergebnisse erarbeitet wurden, die für die Landwirtschaftspolitik interessant sind (z. B. die interregionalen Lieferungen von Futtergetreide und Vieh), aber den Rahmen einer Gesamtübersicht sprengen.

Vorbemerkungen

Die nationale Produktion wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach drei verschiedenen Gliederungsmerkmalen ermittelt: nach ihrer Entstehung (Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftszweige), nach ihrer Verteilung (Entgelte für wirtschaftliche Leistungen) und nach ihrer Verwendung

(Ausgaben für verschiedene Verwendungszwecke). Außerdem werden Entstehungs- und Verwendungsrechnung sowohl zu laufenden Preisen (nominell) als auch zu konstanten Preisen (real) erstellt. Die Regionalisierung des Zahlenwerkes der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist nur schrittweise möglich. In dieser Arbeit wurde das *Inlandsprodukt* der neun Bundesländer von der Entstehungsseite

und zu laufenden Preisen erfaßt (Beiträge der Bundesländer zum nominellen Brutto-Nationalprodukt der Gesamtwirtschaft).

Die *Entstehungsrechnung* wurde gewählt, weil hierfür die relativ besten Daten vorliegen. Sie hat außerdem den sachlichen Vorzug, daß sie über die Wirtschaftsstruktur und den Leistungsfortschritt der einzelnen Wirtschaftsbereiche informiert. Die Verteilungsrechnung kann in absehbarer Zeit mit den verfügbaren Statistiken nachgeholt werden. Mit der Verwendungsrechnung wird erst begonnen werden können, wenn neue und bessere regionalstatistische Daten (insbesondere über die interregionalen Güter- und Leistungsströme) vorliegen.

Für die *nominelle Rechnung* sprachen ebenfalls statistische Erwägungen. Für wichtige Wirtschaftsbereiche lassen sich nur die nominellen Werte regional gliedern und die verfügbaren Preisreihen reichen für eine Deflationierung nicht aus. Der Verzicht auf eine reale Rechnung erscheint nur auf den ersten Blick schwerwiegend, weil das Wirtschaftswachstum üblicherweise in realen Größen gemessen wird. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der realen Produktion für Regionen nicht die gleiche Bedeutung hat wie für Volkswirtschaften.

Die Wirtschaft der Bundesländer ist stärker auf bestimmte Wirtschaftsbereiche spezialisiert und hängt mehr vom Außenhandel (mit anderen Bundesländern und mit dem Ausland) ab als die gesamtösterreichische Wirtschaft. Daraus folgt, daß das Wachstum der realen Produktion in den Bundesländern in hohem Maße von den branchen- oder bereichsspezifischen Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern, bestimmt wird. Überdies sagt es nur wenig über die Entwicklung der Realeinkommen aus, da sich die Preisrelationen (die Austauschverhältnisse der regionsüberschreitenden Güter- und Leistungsströme) üblicherweise zu Gunsten von Bereichen mit geringem Produktivitätsfortschritt und zu Lasten von Bereichen mit hohem Produktivitätsfortschritt verschieben. Konkret gesprochen: Ein Industrieland kann seine Arbeitsproduktivität (und damit bei gegebenem Arbeitsvolumen auch seine reale Produktion) rascher steigern als ein Fremdenverkehrsland. Dennoch brauchen die Realeinkommen im Fremdenverkehrsland nicht nachzuhinken (oft eilen sie sogar voraus), da Dienstleistungen im Verhältnis zu Industrieprodukten immer teurer werden. Das Fremdenverkehrsland profitiert davon, daß es pro Einheit Dienstleistungsexporte zunehmend mehr Industriegüter importieren kann. Unter diesen Umständen sollten in realen Berechnungen neben dem Realprodukt auch das Realeinkommen erfaßt werden, wofür zunächst noch die notwendigen Daten fehlen (eine schematische Berechnung, die diesen

Sachverhalt verdeutlicht, findet sich im nächsten Abschnitt).

Die Produktion der Bundesländer wurde nach dem *Inlandskonzept* abgegrenzt, d. h. die wirtschaftlichen Leistungen wurden (im Gegensatz zum Inländerkonzept) dem Ort ihrer Entstehung zugerechnet, unabhängig davon, ob an ihrem Zustandekommen auch Gebietsfremde (zum Beispiel Einpendler aus einem anderen Bundesland) beteiligt waren. Diese räumliche Abgrenzung ist zu beachten, wenn Pro-Kopf-Zahlen (z. B. Produktion je Erwerbstätigen oder je Einwohner) berechnet werden. Als Maßstab für die Leistungen der einzelnen Wirtschaftszweige wurde ihre Wertschöpfung zu *Marktpreisen* gewählt (Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen). Diese Größe enthält außer den erwirtschafteten Faktoreinkommen die Abschreibungen und die indirekten Steuern.

Das Inlandsprodukt der Bundesländer wurde jährlich für den Zeitraum 1964 bis 1970 ermittelt. Das Jahr 1964 bot sich als Ausgangspunkt an, weil die nichtlandwirtschaftliche Betriebszählung dieses Jahres hinreichend genaue Unterlagen für die regionale Verteilung der wichtigsten Wirtschaftszweige bot. Die Daten für das Basisjahr und die Fortschreibungen für die folgenden Jahre wurden mit den gesamtösterreichischen Daten abgestimmt. Die Summe der Werte für die neun Bundesländer entspricht stets dem vergleichbaren Wert für das Bundesgebiet. Es ist vorgesehen, die regionale Gliederung jährlich im Anschluß an die vom Statistischen Zentralamt und vom Institut gemeinsam erstellte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das Bundesgebiet fortzuführen. Ebenso wie für Österreich sind auch für die Bundesländer die Daten für die letzten zwei Jahre vorläufig und werden nach Vorliegen zusätzlicher Statistiken berichtet.

Inlandsprodukt und Wirtschaftsstruktur

Das Brutto-Nationalprodukt der österreichischen Wirtschaft betrug 1970 373'9 Mrd. S. Davon wurden 30% in Wien und insgesamt weitere 45% in den großflächigen Bundesländern Niederösterreich (17%), Oberösterreich (16%) und Steiermark (13%) erwirtschaftet. Die Anteile Tirols, Kärntens und Salzburgs lagen zwischen 6% und 7%. Vorarlberg trug 4% und das Burgenland 2% zum Brutto-Nationalprodukt bei.

Die regionalen Unterschiede im Inlandsprodukt beruhen zu einem Großteil darauf, daß Bevölkerung und Zahl der Erwerbstätigen sehr ungleich auf die Bundesländer verteilt sind. Es liegt daher nahe, *Kopfquoten* zu berechnen und die Bundesländer danach zu reihen. Die Ermittlung aussagekräftiger Kopfquoten ist mit den zur Zeit verfügbaren Statisti-

Obersicht 1
Brutto-Inlandsprodukt 1964 und 1970

	1964		1970		Anteils- veränderung 1964 bis 1970 in %
	Mill S	%	Mill S	%	
Wien	70.976	31'25	112.565	30'11	- 3 6
Niederösterreich	38.921	17 14	62.142	16 62	- 3 0
Oberösterreich	34.892	15'36	59.206	15 84	+ 3 1
Steiermark	29.469	12'97	47.611	12 73	- 1 9
Tirol	14.573	6 42	25.727	6 88	+ 7 2
Kärnten	12.952	5 70	22.389	5 99	+ 5 1
Salzburg	11.964	5 27	21.807	5 83	+10 6
Vorarlberg	8.567	3 77	14.564	3 90	+ 3 4
Burgenland	4.822	2 12	7.866	2 10	- 0 9
Österreich	227.136	100'00	373.877	100'00	

ken nur beiläufig möglich. Zwei Umstände sind insbesondere zu berücksichtigen:

a) Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen enthält auch Abschreibungen und indirekte Steuern. Kopfquotenvergleiche sollten sich jedoch auf die Leistungseinkommen (Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten) beschränken. Andernfalls könnte ein Bundesland nur deshalb überdurchschnittlich hohe Werte erreichen, weil es einen hohen Anlageverschleiß hat oder weil Wirtschaftszweige mit hoher indirekter Steuerbelastung dominieren.

b) Das Inlandsprodukt erfaßt die Produktion eines Gebietes und kann daher sinnvollerweise nur mit der Zahl der in diesem Gebiet Erwerbstätigen oder mit der sogenannten „Wirtschaftsbevölkerung“ (Erwerbstätige in einem Gebiet einschließlich der von ihnen abhängigen Personen) verglichen werden, unabhängig davon, wo diese Erwerbstätigen oder die von ihnen erhaltenen Personen ihren Wohnsitz haben. Aus der Volkszählung 1971 ist jedoch vorerst nur die Wohnbevölkerung bekannt, aber noch nicht die Zahl der Erwerbstätigen nach ihrem Arbeits- und Wohnort.

Um dennoch grobe Vorstellungen über Kopfquoten zu vermitteln, wurde das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen für die Jahre 1964 und 1970 mit Hilfe von Schlüsselzahlen aus dem Jahre 1964 auf das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten (Leistungseinkommen) reduziert und die Wohnbevölkerung auf die Wirtschaftsbevölkerung umgeschätzt, wobei als Korrekturfaktor das Verhältnis von Erwerbstätigen am Arbeitsort zu Erwerbstätigen am Wohnort aus dem Jahre 1961 verwendet wurde. Abschreibungen und indirekte Steuern haben vor allem in den Industrieländern ein hohes Gewicht; Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung weichen vor allem in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland merklich voneinander ab.

Auf Grund der korrigierten Ergebnisse haben Wien, Vorarlberg und Salzburg überdurchschnittliche Kopfquoten. Dann kommt eine Mittelgruppe (Tirol, Oberösterreich und Niederösterreich) mit fast gleichen Kopfquoten. Erst nach einigem Abstand folgen Kärnten und die Steiermark sowie schließlich als Nachzügler das Burgenland. Die Werte könnten sich etwas ändern, wenn bessere Daten (insbesondere die Details der Volkszählung 1971) verfügbar sind; die Schätzung dürfte jedoch die Rangordnung der Bundesländer zutreffend wiedergeben.

Obersicht 2
Kopfquoten 1964 und 1970

	Brutto-Inlands- produkt zu Markt- preisen je Kopf der Wohnbevölkerung	Netto-Inlandsprodukt zu Faktoren- kosten je Kopf der Wirt- schaftsbevölkerung ¹⁾	
	1964	1964	1970
Wien	138 7	133 0	132 9
Vorarlberg	113 9	119 3	112 5
Salzburg	104 1	100 7	105 1
Tirol	94 8	92 7	93 2
Oberösterreich	95 0	91 7	93 1
Niederösterreich	89 0	90 8	89 5
Kärnten	80 9	81 3	85 3
Steiermark	80 6	81 9	80 9
Burgenland	56 2	69 8	71 7
Österreich	100 0	100 0	100 0

¹⁾ Vorläufige Schätzung.

In Österreich wurden 1970 6 9% des Brutto-Nationalproduktes in der Land- und Forstwirtschaft, 26 6% in der Industrie, 21 5% im übrigen produzierenden Sektor (Gewerbe, Baugewerbe, Energie-, Gas- und Wasserversorgung) sowie 45 0% in Dienstleistungszweigen erwirtschaftet. Die *Wirtschaftsstruktur* in den meisten Bundesländern weicht merklich vom Bundesdurchschnitt ab, wobei sich folgende Typisierung anbietet:

In vier Bundesländern (Wien, Salzburg, Tirol, Kärnten) entsteht die Hälfte oder mehr als die Hälfte des Inlandsproduktes (in Wien sogar fast 60%) in Dienstleistungsbetrieben. Von diesen „*Dienstleistungs-Ländern*“ sind Tirol und Kärnten hauptsächlich auf den Fremdenverkehr spezialisiert. Die hohe Dienstquote Wiens dagegen resultiert vor allem aus den zentralen Funktionen der Großstadt. In Wien haben Handel sowie Banken und Versicherungen einen weit höheren Anteil am Inlandsprodukt als in den übrigen Bundesländern. Auch von der Wertschöpfung der Industrie entfällt ein namhafter Teil auf Zentralbüros, Auslieferungslager und Forschungsstätten von Unternehmungen mit Produktionsstätten in anderen Bundesländern. Im Gegensatz zur herkömmlichen Meinung liegt der Anteil des öffentlichen Dienstes am Inlandsprodukt in Wien nur knapp über dem österreichischen Durchschnitt, obwohl hier Zentralstellen des Bundes und des

Landes Niederösterreich konzentriert sind. Salzburg schließlich verdankt seine hohe Dienstquote sowohl einem bedeutenden Fremdenverkehr als auch einem umfangreichen Angebot an zentralen Diensten von überregionaler Bedeutung (besonders im Handel, Verkehr und Geldwesen).

Übersicht 3

Wirtschaftsstruktur 1964 und 1970

	Anteil am Brutto-Inlandsprodukt							
	Land- und Forstwirtschaft		Industrie		Sonstige Sachgütererzeugung		Dienstleistungen	
	1964	1970	1964	1970	1964	1970	1964	1970
	in %							
Wien	0,6	0,4	23,0	21,6	21,2	18,5	55,2	59,5
Niederösterreich	18,5	13,2	34,6	35,1	18,7	20,9	28,2	30,8
Burgenland	35,8	25,9	11,9	11,7	17,9	22,8	34,4	39,6
Steiermark	12,6	9,7	31,2	30,3	19,1	20,0	37,1	40,0
Kärnten	13,8	10,2	21,5	20,2	22,0	25,3	42,7	44,3
Oberösterreich	12,6	8,8	33,7	34,4	20,8	22,2	32,9	34,6
Salzburg	7,9	5,3	16,8	16,3	25,9	27,0	49,4	51,4
Tirol	7,8	5,6	18,6	17,8	26,1	26,1	47,5	50,5
Vorarlberg	4,3	3,0	31,7	32,6	30,1	28,4	33,9	36,0
Österreich	9,6	6,9	27,1	26,6	21,3	21,5	42,0	45,0

Weitere vier Bundesländer (Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg und die Steiermark) können als *Industrieländer* bezeichnet werden. Der Anteil der Industrie am Inlandsprodukt übersteigt 30%, die gesamte gewerbliche Sachgüterproduktion trägt etwa die Hälfte oder mehr als die Hälfte zur Wertschöpfung bei. Niederösterreich hat außer einer hohen Industriequote noch eine verhältnismäßig hohe Agrarquote; die Dienstquote ist die niedrigste von allen Bundesländern, hauptsächlich weil der Bedarf an zentralörtlichen Diensten höherer Ordnung großteils von Wien gedeckt wird. Die Wirtschaftsstruktur der Steiermark und auch Oberösterreichs weicht am wenigsten von jener des Bundesgebietes ab. Vorarlberg hat nach Wien die niedrigste Agrarquote von allen Bundesländern; die Dienstquote liegt trotz der hohen Fremdenverkehrsdichte vieler Gebiete etwas unter dem Bundesdurchschnitt, weil der Bedarf an vielen zentralörtlichen Diensten höherer Ordnung im benachbarten Ausland oder in Tirol gedeckt wird. Neben der Industrie spielt das produzierende Gewerbe eine verhältnismäßig große Rolle.

Im Burgenland als einzigem Bundesland hat die *Agrarwirtschaft* mit 25% noch den höchsten Anteil von allen Wirtschaftsbereichen. Die Industriequote ist trotz der Industrialisierungswelle bis Mitte der sechziger Jahre die niedrigste von allen Bundesländern; in den letzten Jahren konnten die übrigen Zweige der gewerblichen Wirtschaft an Bedeutung gewinnen, teils als Nachwirkung der Industrialisierung, teils dank der Entwicklung des Fremdenverkehrs.

Übersicht 4

Spezialisierungskoeffizienten 1964 und 1970

	1964	1970	Veränderung in %
Kärnten	0,0904	0,1119	+23,8
Wien	0,1019	0,1190	+16,8
Tirol	0,1066	0,1207	+13,2
Burgenland	0,1575	0,1741	+10,5
Steiermark	0,0757	0,0826	+9,1
Oberösterreich	0,1024	0,1091	+6,5
Salzburg	0,1222	0,1273	+4,2
Niederösterreich	0,1292	0,1338	+3,6
Vorarlberg	0,1111	0,1124	+1,2
Österreich	0,0000	0,0000	—

Die Abweichungen der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Bundesländer vom Bundesdurchschnitt lassen sich mit Hilfe des sogenannten *Spezialisierungskoeffizienten*¹⁾ messen. Seine Grenzwerte liegen zwischen 0 (gleiche Struktur wie das Bundesgebiet) und 1 (maximale Abweichung von der Struktur des Bundesgebietes). Die Berechnungen zeigen, daß die Wirtschaftsstruktur (ohne Land- und Forstwirtschaft) der Steiermark am wenigsten, jene des Burgenlandes (niedrigster Industrieanteil) am stärksten von der gesamtösterreichischen Wirtschaftsstruktur abweicht, wenn man die Verteilung des Inlandsproduktes auf die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterschiedenen Wirtschaftsbereiche als Maßstab wählt. (Bei einer feineren Untergliederung — etwa der Industrie nach Branchen — könnte sich die Rangordnung etwas ändern.) Bemerkenswert ist ferner, daß sich die Spezialisierung der Bundesländer zwischen 1964 und 1970 durchwegs (am stärksten in Kärnten und in Wien) verstärkt hat: Die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Bundesländer wich 1970 stärker von jener des Bundesgebietes ab als 1964.

Übersicht 5

Lokalisierungskoeffizienten 1964 und 1970

	1964	1970	Veränderung in %
Industrie	0,1358	0,1457	+7,3
Produzierendes Gewerbe	0,0432	0,0484	+12,0
Baugewerbe	0,0696	0,0937	+34,6
Elektrizität, Gas, Wasser	0,1563	0,1699	+8,7
Verkehr	0,0389	0,0392	+0,8
Handel	0,1267	0,1316	+3,9
Banken, Versicherungen	0,2488	0,2606	+4,7
Wohnungswirtschaft	0,1003	0,0804	-19,8
Öffentlicher Dienst	0,0397	0,0467	+17,6
Sonstige Dienste	0,1192	0,1491	+25,1
Brutto-Nationalprodukt (ohne Land u. Forstwirtschaft)	0,0000	0,0000	—

¹⁾ Der Spezialisierungskoeffizient wird errechnet als Summe der positiven (oder negativen) Abweichungen des Antelles der einzelnen Wirtschaftsbereiche am Inlandsprodukt des jeweiligen Bundeslandes vom Österreichdurchschnitt, dividiert durch 100. Vgl. W. Isard, *Methods of Regional Analysis*, The Technology Press of the Massachusetts Institut of Technology and John Hiley & Sons, Inc., New York-London, New York 1960.

Die Tendenz zunehmender Spezialisierung läßt den Schluß zu, daß in den einzelnen Bundesländern jene Wirtschaftsbereiche vergleichsweise stärker ausgeweitet wurden, die dank besonderer Standortvorteile schon bisher einen hohen Anteil am Inlandsprodukt hatten (in Industrieländern die Industrie und in Fremdenverkehrsländern der Fremdenverkehr). Infolgedessen hat sich die Konzentration der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche auf bestimmte Bundesländer verstärkt.

Berechnet man sogenannte *Lokalisierungskoeffizienten*¹⁾ (Maßzahlen für die regionale Verteilung der Wertschöpfung einzelner Wirtschaftszweige im Vergleich zur regionalen Verteilung des gesamten Brutto-Inlandsproduktes), so zeigt sich, daß sich die Wertschöpfung einiger Wirtschaftsbereiche (z. B. produzierendes Gewerbe, Verkehr, öffentlicher Dienst) ziemlich ähnlich wie das gesamte Brutto-Inlandsprodukt auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Einige andere Wirtschaftsbereiche dagegen (Banken und Versicherungen, sonstige Dienste, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sowie Industrie) weisen eine merklich andere regionale Verteilung auf. Die Höhe des Lokalisierungskoeffizienten kann als Anzeichen dafür gelten, welche Wirtschaftsbereiche hauptsächlich „Basisaktivitäten“ mit überregionalem Absatz repräsentieren (hoher Lokalisierungskoeffizient) und welche Wirtschaftsbereiche hauptsächlich den regionalen Bedarf decken (niedriger Lokalisierungskoeffizient). Ferner ist zu sehen, daß die Lokalisierungskoeffizienten zwischen 1964 und 1970 in allen Wirtschaftszweigen (mit Ausnahme der Wohnungswirtschaft) größer wurden, daß also die regionale Verteilung der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftszweige zunehmend von jener des Brutto-Inlandsproduktes abweicht.

Nominelles Wirtschaftswachstum

Zwischen 1964 und 1970 wuchs das österreichische Brutto-Nationalprodukt nominell um 64,5% und real um 32,9%. (Die beiden Stichjahre hatten eine ähnliche Konjunktur; die reale Steigerung der Produktion entspricht daher annähernd der Ausweitung der Produktionskapazitäten in dieser Periode.) Das *nominelle Wachstum* war in der Vergleichsperiode länderspezifisch verschieden. Die höchste Zuwachsrate hatte Salzburg; dann folgten die übrigen westlichen und die mittleren Landesteile. In Ostösterreich wuchs das nominelle Brutto-Inlandsprodukt unterdurchschnittlich. Zwischen dem Bundesland mit dem

höchsten (Salzburg) und dem niedrigsten (Wien) nominellen Wachstum bestand eine Wachstumsdifferenz von 15,0% oder 2,5% pro Jahr.

Die regionale Differenzierung des Wirtschaftswachstums hängt zumindest teilweise mit dem West-Ost-Gefälle im Wachstum der Bevölkerung und vermutlich auch der Beschäftigung zusammen. Nimmt man an, daß sich die Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1964 und 1970 ebenso entwickelt hat wie die Wohnbevölkerung, dann erhält man Steigerungsraten pro Kopf, die näher beisammen liegen als die globalen Steigerungsraten und kein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle erkennen lassen. Einige Extremwerte dieser Schätzung, etwa die hohe Steigerungsrate in Kärnten und die niedrige in Vorarlberg, erscheinen auf den ersten Blick überraschend, könnten jedoch mit Änderungen in den Erwerbsquoten zusammenhängen (in Kärnten ist möglicherweise die lange Zeit besonders niedrige Erwerbsquote gestiegen, in Vorarlberg wurde sie vermutlich durch die besonders hohe Geburtenzahl gedrückt). Trotz der regional unterschiedlichen Entwicklung zwischen 1964 und 1970 hat sich die Rangordnung der Bundesländer nach der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen nicht geändert; nur Kärnten rückte vor die Steiermark.

Übersicht 6

Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes und der Wohnbevölkerung 1964 bis 1970

	Inlandsprodukt		Wohnbevölkerung		Kopfquote ¹⁾
	absolut	relativ ²⁾	absolut	relativ ²⁾	relativ ²⁾
1970 in % von 1964					
Salzburg	182,3	110,8	109,3	106,1	104,3
Tirol	176,5	107,2	109,9	106,7	100,6
Kärnten	172,9	105,0	103,1	100,1	104,9
Vorarlberg	170,0	103,3	112,7	109,4	94,4
Oberösterreich	169,7	103,1	104,5	101,5	101,6
Burgenland	163,1	99,1	99,4	96,5	102,7
Steiermark	161,6	98,2	102,4	99,4	98,7
Niederösterreich	159,7	97,0	101,2	98,3	98,5
Wien	158,6	96,4	99,4	96,3	99,9
Österreich	164,6	100,0	103,0	100,0	100,0

¹⁾ Vorläufige Schätzung. — ²⁾ Österreich = 100.

Die Berechnungen beziehen sich auf nominelle Werte. Um *reale Werte* zu erhalten, müßten sie mit Hilfe von Preisindizes für die in den einzelnen Bundesländern verbrauchten (Realeinkommen) oder produzierten (Realprodukt) Güter und Leistungen deflationiert werden.

Solche Preisindizes stehen zur Zeit nicht zur Verfügung. Man kann jedoch grobe Vorstellungen gewinnen, indem man einmal das nominelle Brutto-Inlandsprodukt der Bundesländer mit dem Preisindex für das österreichische Brutto-Nationalprodukt (Realeinkommen) und zum anderen die nominelle Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche der Bundesländer

¹⁾ Der Lokalisierungskoeffizient wird errechnet als Summe der positiven (oder negativen) Abweichungen des Anteiles der einzelnen Bundesländer an der Wertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereiches bzw. am Brutto-Nationalprodukt, dividiert durch 100. Vgl. W. Isard, a. a. O.

Übersicht 7

Hypothesen über das reale Wachstum 1964 bis 1970

	Brutto-Inlandsprodukt				Implizite Preise	
	Nominell		Real			
	Hypothese I ¹⁾		Hypothese II ²⁾		Hypothese II ²⁾	
	absolut	absolut relativ ³⁾	absolut	absolut relativ ³⁾	absolut	absolut relativ ³⁾
	1970 in % von 1964					
Salzburg	182,3	147,2	110,8	144,3	108,6	126,3
Tirol	176,5	142,5	107,2	139,7	105,1	126,3
Wien	158,6	128,0	96,4	125,7	94,6	126,2
Kärnten	172,9	139,6	105,0	138,5	104,2	124,8
Burgenland	163,1	131,7	99,1	131,5	98,9	124,0
Steiermark	161,6	130,4	98,2	131,4	98,9	123,0
Vorarlberg	170,0	137,3	103,3	138,8	104,4	122,5
Oberösterreich	169,7	137,0	103,1	139,8	105,2	121,4
Niederösterreich	159,7	128,9	97,0	131,9	99,2	121,1
Österreich	164,6	132,9	100,0	132,9	100,0	123,9

¹⁾ Realeinkommen unter der Annahme bundeseinheitlicher Verteuerungen der verbrauchten und investierten Güter — ²⁾ Realprodukt unter der Annahme bundeseinheitlicher Verteuerungen der erzeugten Güter pro Wirtschaftsbereich — ³⁾ Österreich = 100.

mit dem bereichsspezifischen Preisindex für das Bundesgebiet deflationiert (Realprodukt). Im ersten Fall ist das relative Wachstum (Österreich=100) der nominellen Reihen identisch mit dem relativen Wachstum der realen Reihen. Im zweiten Fall verschieben sich die Relationen zu Gunsten der Industrieländer, deren Preise strukturbedingt zwischen 1964 und 1970 um etwa 4% weniger stiegen als jene der Dienstleistungsländer. Die Unterschiede zwischen dem relativen Wachstum der Realeinkommen und des Realproduktes spiegeln den Einfluß von strukturbedingten Änderungen der Austauschverhältnisse im Außenhandel der Bundesländer.

Die Entwicklung des nominellen Inlandsproduktes wird rein statistisch gesehen vom Anteil der *Land- und Forstwirtschaft* beeinflusst, deren Produktion nur unterdurchschnittlich wuchs und witterungsbedingten Schwankungen unterliegt. Scheidet man die Land- und Forstwirtschaft aus, so ändert sich die Reihenfolge der einzelnen Bundesländer beträchtlich. Das Inlandsprodukt im nichtlandwirtschaftlichen

Übersicht 8

Entwicklung des Brutto-Inlandsproduktes ohne Land- und Forstwirtschaft 1964 bis 1970

	1970 in % von 1964	
	absolut	relativ ¹⁾
Burgenland	188,2	111,1
Salzburg	187,4	110,6
Tirol	180,8	106,7
Kärnten	180,1	106,3
Oberösterreich	177,2	104,6
Vorarlberg	172,3	101,7
Niederösterreich	170,0	100,4
Steiermark	167,0	98,6
Wien	158,9	93,8
Österreich	169,4	100,0
Österreich ohne Wien	174,9	103,2

¹⁾ Österreich = 100.

Bereich stieg im Burgenland am stärksten. Niederösterreich erreichte das Wachstum des Bundesgebietes, wogegen der Wachstumsrückstand Wiens größer wird. Man darf jedoch daraus nicht schließen, daß eine relativ hohe Agrarquote wachstumshemmend wirkt. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß die Land- und Forstwirtschaft ihre Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich gesteigert und durch Freisetzung von Arbeitskräften das Arbeitskräftepotential für die gewerbliche Wirtschaft vergrößert hat.

Die jährlichen Berechnungen des Inlandsproduktes geben Hinweise auf die *Konjunkturabhängigkeit* der Regionalwirtschaften. Im Bundesgebiet hatte die Wachstumsrate des nominellen Brutto-Nationalproduktes (ohne Land- und Forstwirtschaft) zwischen 1964 und 1967 eine sinkende und dann bis 1970 eine stark steigende Tendenz. Die Konjunkturabschwächung 1967 und der Konjunkturaufschwung seither war jedoch nur in der gewerblichen Sachgüterproduktion stark ausgeprägt, wogegen die Wachstumsrate der Dienstleistungszweige nur wenig und nicht immer parallel zur allgemeinen Konjunktur schwankte. Die für das Bundesgebiet charakteristischen Unterschiede im Konjunkturverlauf zwischen Sachgüterproduktion und Dienstleistungen sind auch in den Bundesländern zu beobachten. Nur in einzelnen Fällen werden sie von Sondereinflüssen überlagert (die Sachgüterproduktion hat z. B. in Tirol den Aufschwung seit 1967 nicht mitgemacht; im Burgenland erholte sie sich 1968 besonders kräftig, beschleunigte sich aber in den folgenden Jahren nicht mehr).

Übersicht 9

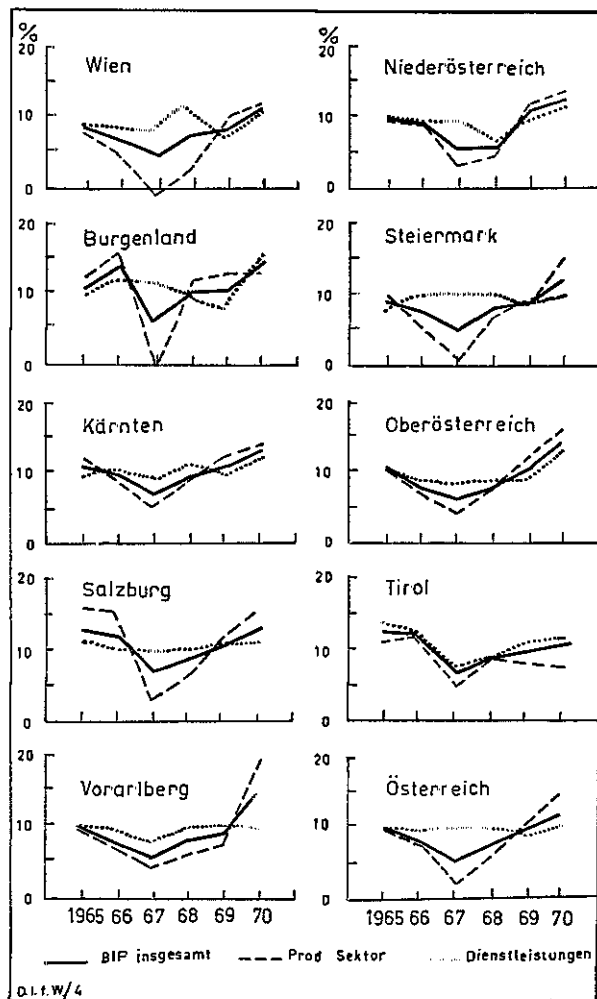
Dienstequote und Konjunkturschwankungen

	Standardabweichung der jährlichen Zuwachsraten	Diensteanteil im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1970 jeweils Brutto-Inlandsprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft
Wien	2,22	58,2
Niederösterreich	3,01	35,5
Burgenland	2,88	53,4
Steiermark	2,46	43,7
Kärnten	1,92	49,5
Oberösterreich	2,99	38,3
Salzburg	2,57	54,0
Tirol	2,21	51,8
Vorarlberg	3,15	36,8
Österreich	2,42	47,8

Die unterschiedliche Konjunkturreakibilität des sekundären und tertiären Sektors läßt vermuten, daß Industrieländer strukturbedingt stärkeren Konjunkturschwankungen unterliegen als Dienstleistungsländer. Tatsächlich schwankten die jährlichen Zuwachsraten des nominellen Brutto-Inlandsproduktes im Zeitraum 1964 bis 1970 in Vorarlberg, Niederöster-

reich und Oberösterreich stärker als in Wien, Tirol oder Kärnten. Der statistische Zusammenhang zwischen der Streuung der Zuwachsraten (gemessen an der Standardabweichung) und der Dienstquote ist jedoch nicht sehr eng ($r^2=0,45$). Das deutet darauf hin, daß andere Faktoren (etwa die Produktions- und die Absatzstruktur der Industrie) eine wichtige Rolle spielen.

**Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes
(ohne Land- und Forstwirtschaft)**
(Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Industrie

Die *Industrie* hat mit annähernd 27% von den einzelnen Wirtschaftsbereichen den größten Anteil am Brutto-Nationalprodukt Österreichs. Mehr als 80% der industriellen Wertschöpfung entstehen in den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark. Der Anteil der Industrie am Brutto-Inlandsprodukt ist in Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg und der Steiermark am größten.

In drei (Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg) der vier zuletzt genannten Länder ist die *Industriequote* zwischen 1964 und 1970 gestiegen; sie haben ihren Charakter als Industrieland weiter profiliert. Die Anteilsvergrößerung ging in Vorarlberg zu Lasten der übrigen nichtlandwirtschaftlichen Zweige, in Niederösterreich und Oberösterreich zu Lasten der Agrarwirtschaft.

Übersicht 10
Anteil der Industrie am Brutto-Inlandsprodukt 1964 und 1970

	1964	1970	Anteilsveränderung in %
Vorarlberg	31,75	32,59	+2,64
Oberösterreich	33,72	34,42	+2,08
Niederösterreich	34,55	35,08	+1,53
Burgenland	11,84	11,72	-1,01
Salzburg	16,74	16,29	-2,69
Steiermark	31,20	30,31	-2,85
Tirol	18,60	17,81	-4,25
Wien	22,95	21,61	-5,84
Kärnten	21,48	20,16	-6,15
Österreich	27,07	26,55	-1,92

Von Vorarlberg abgesehen wuchs die nominelle Wertschöpfung der Industrie in allen Bundesländern schwächer als jene der übrigen nichtlandwirtschaftlichen Bereiche. Besonders groß war der Rückstand in Kärnten und im Burgenland. In beiden Bundesländern erzielten andere gewerbliche Sparten (in Kärnten hauptsächlich dank dem Fremdenverkehr, im Burgenland als Nachwirkung der Industrialisie-

Übersicht 11
Wachstum der Industrie und der übrigen nichtlandwirtschaftlichen Bereiche 1964 bis 1970

	Industrie	Übrige nichtlandwirtschaftliche Bereiche
Wertschöpfung, 1970 in % von 1964		
Salzburg	177,4	189,6
Vorarlberg	174,5	171,2
Oberösterreich	173,2	179,8
Tirol	168,9	183,8
Kärnten	162,3	186,0
Niederösterreich	162,1	175,8
Burgenland	161,5	194,3
Steiermark	157,0	172,5
Wien	149,3	161,8
Österreich	161,4	172,9

Entwicklung der Basisaktivitäten

Die Wirtschaft der Bundesländer läßt sich in einen „Basisbereich“ mit überregionalem Absatz und in einen „Nicht-Basisbereich“ gliedern, der den regionalen Bedarf deckt. Die Basisbereiche sind bis zu einem gewissen Grad der Motor des wirtschaftlichen Wachstums. Unter ihnen kommt der Industrie und dem Fremdenverkehr besondere Bedeutung zu.

rungswelle bis 1964) beträchtliche Fortschritte, wogegen die nominelle Industrieproduktion nur etwa gleich wie im Bundesdurchschnitt wuchs. Die Industrie ist nur nominell hinter den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Bereichen zurückgeblieben. Real stieg die Industrieproduktion im Bundesgebiet überdurchschnittlich, doch haben sich gleichzeitig die Preisrelationen zugunsten der Dienstleistungen verschoben.

Die Industrie ist der einzige Wirtschaftsbereich, für den (in Form des vom Österreichischen Statistischen Zentralamt berechneten Index der Industrieproduktion) auch *reale Reihen* für die einzelnen Bundesländer verfügbar sind. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden aus dem Produktionsindex die Stromproduktion und aus der nominellen Wertschöpfung die Produktion der Sägewerke ausgeschieden. Außerdem wurde der Produktionsindex unbereinigt (vor Umrechnung auf Arbeitstage) verwendet. Dividiert man die nominellen Reihen durch die realen, so erhält man implizite Preissteigerungen für Industriegüter, die von Bundesland zu Bundesland zum Teil beträchtlich voneinander abweichen. Danach wären die Industriepreise zwischen 1964 und 1970 in Salzburg und Vorarlberg fast unverändert geblieben, in Tirol und in Wien dagegen um etwa 25% gestiegen. So große Unterschiede in der Preisentwicklung sind unwahrscheinlich, da die Industrie der einzelnen Bundesländer der nationalen und internationalen Konkurrenz unterliegt. Auch Unterschiede in der Branchenstruktur (vielleicht mit Ausnahme von Vorarlberg und dem Burgenland) können sie nur zum Teil erklären. Man muß daher annehmen, daß die regionalen Indizes der Industrieproduktion ungenau sind und erst nach größeren Korrekturen für die Regionalanalyse verwendet werden können. Fehler ergeben sich vor allem dadurch, daß die einzelnen Positionen des Produktionsindex oft sehr inhomogene Waren umfassen. Verschiebungen im Produktionsortiment zugunsten teurer oder billiger Waren verzerren die Produktionsindizes besonders

dann, wenn sie sich auf ein Bundesland konzentrieren. Solche Verschiebungen lassen sich vor allem in Tirol (Unterschätzung der realen Produktionsentwicklung infolge Übergang zu höherwertigen Produkten) und in Salzburg (Überschätzung der realen Produktionsentwicklung infolge Übergang zu billigeren Produkten) nachweisen. Die starke Steigerung der Wiener Industriepreise dürfte mit der Verlagerung der Produktion aus dem Stadtgebiet und der Konzentration der Verwaltung im Stadtgebiet zusammenhängen.

Besser als mit den realen Produktionsindizes stimmt die Entwicklung der nominellen Wertschöpfung der Industrie mit der Entwicklung der *Industriebeschäftigung* überein. In den Bundesländern mit großer Steigerung der nominellen Wertschöpfung (Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich) ist auch die Beschäftigung überdurchschnittlich gestiegen. Der Rückstand Wiens erklärt sich aus dem Beschäftigungsrückgang. Dividiert man die Steigerungsrate der nominellen Wertschöpfung durch jene der Beschäftigung, so erhält man Indizes der *nominellen Arbeitsproduktivität*, die von Bundesland zu Bundesland nur verhältnismäßig wenig voneinander abweichen. Die Unterschiede zwischen Wien und Kärnten einerseits und Vorarlberg und dem Burgenland andererseits lassen sich vermutlich aus der Branchenstruktur und ihren Veränderungen erklären.

Übersicht 13

Wachstum der Beschäftigung und der nominellen Arbeitsproduktivität in der Industrie 1964 und 1970

	Beschäftigte			Wertschöpfung je Beschäftigten		
	1964	1970	Veränderung in %	1964	1970	Veränderung in %
Wien	171.500	149.571	-12,8	94.904	162.572	+71,3
Kärnten	26.741	26.954	+0,8	91.395	149.588	+63,7
Niederösterreich	116.414	117.415	+0,9	112.942	182.617	+61,7
Oberösterreich	111.705	122.859	+10,0	103.227	163.692	+58,6
Tirol	26.939	29.378	+9,1	95.178	149.874	+57,5
Steiermark	97.447	98.342	+0,9	91.219	143.113	+56,9
Salzburg	17.124	20.743	+21,1	106.517	161.452	+51,6
Burgenland	8.679	9.433	+8,7	62.680	94.350	+50,5
Vorarlberg	30.195	35.399	+17,2	88.624	132.744	+49,8
Österreich	606.744	610.094	+0,6	98.717	159.510	+61,6

Übersicht 12

Nominelles und reales Wachstum der Industrie¹⁾ 1964 bis 1970

	Nominell (Wertschöpfung)	Real (Mengenindex) 1964 = 100	Implizite Preise
Wien	149,4	120,4	124,1
Tirol	171,7	139,0	123,5
Oberösterreich	174,4	150,3	116,0
Burgenland	163,6	147,4	111,0
Niederösterreich	163,1	148,3	110,0
Steiermark	158,3	146,5	108,1
Kärnten	165,0	153,8	107,3
Vorarlberg	175,6	173,5	101,2
Salzburg	183,6	186,4	98,5
Österreich	162,5	141,3	115,0

¹⁾ Ohne Sägewerke - ohne Stromerzeugung.

Fremdenverkehr

Der *Fremdenverkehr* ist kein Wirtschaftsbereich und scheint daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht gesondert auf. Die für den Tourismus erbrachten Leistungen verteilen sich auf Hotel-, Gast- und Schankgewerbe (in der Gesamtrechnung im Bereich „Sonstige Dienste“ enthalten), Verkehr, Handel und andere Dienstleistungssparten. Andererseits deckt das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe nicht nur den Bedarf von Fremden, sondern auch den Lokalbedarf.

Obersicht 14

Wertschöpfung des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes
1964 bis 1970

(Einschließlich Privatzimmervermietung)

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
	Mill. S zu laufenden Preisen						
Wien	1.281	1.266	1.373	1.433	1.540	1.696	1.813
Niederösterreich	688	680	745	806	770	848	886
Burgenland	98	101	111	132	132	140	169
Steiermark	596	626	679	728	770	820	928
Kärnten	656	767	856	860	936	1.053	1.223
Oberösterreich	630	646	686	728	753	783	875
Salzburg	703	841	952	991	1.085	1.230	1.444
Tirol	1.148	1.414	1.544	1.619	1.805	2.190	2.561
Vorarlberg	351	390	435	449	489	559	643
Österreich	6.151	6.731	7.381	7.746	8.280	9.319	10.542

Die Überschneidungen zwischen Fremdenverkehr und Hotel-, Gast- und Schankgewerbe sind von Bundesland zu Bundesland verschieden und ändern sich im Zeitablauf. Eine ungefähre Vorstellung liefert die folgende Schätzung für ein Stichjahr.

Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr wurden vom Institut für das Jahr 1968 nach Bundesländern geschätzt, wobei unter Fremdenverkehr der gesamte Ausländer-Tourismus (Übernachtungen, Durchreisen und Tagesbesuche) sowie Übernachtungsaufenthalte von Inländern verstanden wurden¹⁾. In der gleichen Untersuchung wurden die Einnahmen aus dem Reiseverkehr für ganz Österreich auf Branchen verteilt. Danach flossen 65,8% der gesamten Einnahmen aus dem Reiseverkehr oder 44,2 Mrd. S (1968) in das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe (Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe, Kaffeehäuser, Privatzimmervermietung), 34,2% kamen anderen Bereichen zugute. Andererseits machten die aus dem Reiseverkehr stammenden Einnahmen des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes 68,2% seiner Gesamtumsätze (Brutto-Produktionswert) laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus. Die restlichen 31,8% wurden aus der Deckung des Lokalbedarfes erwirtschaftet, wobei zum Lokalbedarf auch der Tagesausflugverkehr und der Durchreiseverkehr von Inländern ohne Übernachtungen gezählt wurde.

Eine ähnliche Schätzung läßt sich auch für die einzelnen Bundesländer erstellen. Der Fehlerspielraum ist jedoch größer, da der Anteil des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes an den Fremdenverkehrseinnahmen je nach Aufenthaltsart, Reisezweck, Herkunft der Gäste und Saison verschieden ist. Diese Strukturunterschiede konnten nur mit Hilfe plausibler Annahmen berücksichtigt werden.

¹⁾ W. Kohlhauser, Quantitative Aspekte des österreichischen Fremdenverkehrs, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1971, Heft 1.

Obersicht 15

Überschneidung von Fremdenverkehr und Hotel-, Gast- und Schankgewerbe (HGS)

	Einnahmen aus dem Reiseverkehr 1968			Brutto-Produktionswert (HGS) 1968		
	Mill. S	davon HGS Mill. S	in %	Mill. S	davon Reiseverkehr Mill. S	in %
Wien	2.008	1.618	80,6	3.426	1.618	47,2
Niederösterreich	1.112	927	83,4	2.313	927	40,1
Burgenland	133	118	88,7	422	118	28,0
Steiermark	1.165	1.026	88,1	2.277	1.026	45,1
Kärnten	3.460	2.058	59,5	2.204	2.058	93,4
Oberösterreich	1.387	1.083	78,1	2.221	1.083	48,8
Salzburg	3.952	2.506	63,4	2.639	2.506	95,0
Tirol	6.899	3.873	56,1	4.133	3.873	93,7
Vorarlberg	1.464	991	67,7	1.199	991	82,7
Österreich	21.580	14.200	65,8	20.834	14.200	68,2

Einnahmen aus dem Reiseverkehr 21.580 Mill. S

in div. Bereichen 7.380 Mill. S	im Hotel-, Gast- u. Schankgewerbe 14.200 Mill. S
	aus dem Reiseverkehr 14.200 Mill. S
	aus lokaler Inanspruchnahme 6.634 Mill. S
Brutto-Produktionswert Hotel-, Gast-, Schankgewerbe 20.834 Mill. S	

Die Schätzung ergibt, daß in den Fremdenverkehrsländern Salzburg und Tirol mehr als 90% der Umsätze des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes aus dem Reiseverkehr stammten. In Vorarlberg sind es noch über 80%, wogegen in den übrigen Bundesländern der Lokalbedarf überwiegt. (Der besonders niedrige Anteil des Fremdenverkehrs im Burgenland erklärt sich daraus, daß der Ausflugsverkehr der Wiener nicht zum Fremdenverkehr gerechnet wurde.) Ferner ist bemerkenswert, daß in den Fremdenverkehrsländern (und in Vorarlberg), die hauptsächlich von ausländischen Gästen besucht werden, das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe relativ weniger an den Gesamteinnahmen aus dem Fremdenverkehr partizipiert, als in den übrigen Bundesländern. Dieser Umstand wird nicht genügend beachtet, wenn aus dem Anteil des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes an der Beschäftigung oder der Wertschöpfung von Gemeinden oder Gebieten auf ihre Fremdenverkehrsorientierung geschlossen wird.

Obschon das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe den Fremdenverkehr nicht hinreichend repräsentiert, ist sein Anteil am Inlandsprodukt in den Fremdenverkehrsländern viel höher als im übrigen Bundesgebiet. 1964 betrug er in Tirol fast 8% gegen nur 1,8% in den östlichen Bundesländern. Seither ist die nominelle Wertschöpfung des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes in den Bundesländern, wo es schon 1964 einen hohen Anteil hatte, überdurchschnittlich gestiegen, hauptsächlich weil sich der Fremdenverkehr besonders günstig entwickelte, zum Teil weil der Lokalbedarf in den westlichen Bundesländern in-

folge des Bevölkerungswachstums stärker stieg als im übrigen Bundesgebiet. Die regionale Konzentration des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes und die Spezialisierung der Fremdenverkehrsländer hat sich daher weiter verstärkt. 1970 entstanden in Tirol bereits 9,9% des Inlandsproduktes im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. Nimmt man die gleichen Überschneidungen an wie 1968, dann stammten 17% der Tiroler Wertschöpfung unmittelbar aus dem Fremdenverkehr (die Wertschöpfung von Vorlieferanten der Fremdenverkehrsbetriebe und andere mittelbare Auswirkungen nicht eingerechnet).

Übersicht 16

Entwicklung des Hotel-, Gast- und Schankgewerbes 1964 bis 1970

	Anteil am Inlandsprodukt		Wachstum 1964 bis 1970
	1964	1970	
	%		%
Tirol	7,9	10,0	+123,1
Salzburg	5,9	6,6	+105,4
Kärnten	5,1	5,3	+ 86,4
Vorarlberg	4,1	4,4	+ 83,2
Burgenland	2,0	2,1	+ 72,4
Steiermark	2,0	1,9	+ 55,7
Wien	1,8	1,6	+ 41,5
Oberösterreich	1,8	1,5	+ 38,9
Niederösterreich	1,8	1,4	+ 28,8
Österreich	2,7	2,8	+ 71,4

Vergleich Inlandsprodukt und Volkseinkommen 1964

In der vorliegenden Arbeit wurde das Inlandsprodukt der Bundesländer von der Entstehungsseite her geschätzt. Es liegt nahe, die Ergebnisse mit der Schätzung des Volkseinkommens nach Bundesländern zu vergleichen, die vom Institut vor einigen Jahren vorgenommen worden war¹⁾.

Damals wurde das Volkseinkommen nach der „personellen Methode“ als Summe der Leistungseinkommen geschätzt. Um beide Schätzungen verglei-

chen zu können, mußte das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen auf das Volkseinkommen umgerechnet werden, indem Abschreibungen, indirekte Steuern (minus Subventionen) und die auf den Einpendlersaldo entfallenden Einkommen abgezogen wurden. Die Verteilung dieser Größen auf die Bundesländer konnte mit Hilfe von Teilergebnissen des Input-Output-Werkes, des Betriebszensus und verschiedener anderer Unterlagen für das Jahr 1964 annähernd geschätzt werden.

Übersicht 18

Vergleich der alten und neuen Schätzung für 1964

	Inlandsprodukt zu Faktorenkosten		Volkseinkommen je Einwohner	
	alte Schätzung	neue Schätzung	alte Schätzung	neue Schätzung
	%		Österr. = 100	
Wien	34,02	32,44	141,7	135,7
Vorarlberg	3,63	3,78	112,5	118,5
Salzburg	5,27	5,15	103,1	100,8
Tirol	6,30	6,29	94,0	92,8
Oberösterreich	14,69	14,92	90,2	91,8
Niederösterreich	15,46	16,38	87,2	91,1
Steiermark	12,92	13,22	82,1	82,0
Kärnten	5,69	5,63	80,0	81,4
Burgenland	2,02	2,19	70,1	74,1
Österreich	100,0	100,0	100,0	100,0

Nimmt man diese Korrekturen vor, so zeigt sich, daß die alte und die neue Schätzung befriedigend übereinstimmen. Zwar änderte die Revision der gesamtösterreichischen Volkseinkommensrechnung das Niveau. Die Hierarchie der Bundesländer stimmt jedoch überein und nur die Abstände zwischen den Bundesländern weichen etwas ab. Vergleichsweise die größten Differenzen ergaben sich für die Region Wien, Niederösterreich und Burgenland, wo die Regionalisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus verschiedenen Gründen besonders schwierig ist. Faßt man die Anteile des Inlandsproduktes dieser drei Bundesländer zusammen, so stimmen alte Schätzung (51,5%) und neue Schätzung (51,0%) gut überein.

Für die verbleibenden Differenzen gibt es mehrere Gründe:

Übersicht 17

Volkseinkommen nach Bundesländern 1964

	Wien	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberösterreich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Österreich
	Mill. S									
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen	70.976	38.921	4.822	29.469	12.952	34.892	11.964	14.573	8.567	227.136
- Volkswirtschaftliche Abschreibungen	5.744	5.071	651	3.097	1.578	4.283	1.370	1.597	955	24.346
Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen	65.232	33.850	4.171	26.372	11.374	30.609	10.594	12.976	7.612	202.790
- Indirekte Steuern	10.366	6.285	450	4.117	1.852	5.487	1.804	2.395	1.252	34.008
+ Subventionen	1.277	796	73	634	219	698	121	305	185	4.308
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorenkosten	56.143	28.361	3.794	22.889	9.741	25.820	8.911	10.886	6.545	173.090
± Geschätzter Saldo der Pendlereinkommen	- 3.222	+ 2.013	+ 1.050	- 48	+ 187	- 127	- 82	- 15	+ 244	0
Volkseinkommen (Summe der Leistungseinkommen)	52.921	30.374	4.844	22.841	9.928	25.693	8.829	10.871	6.789	173.090

¹⁾ H. Seidel, E. Butschek, A. Kausel, Die regionale Dynamik, a. a. O.

Der Beitrag der Bundesländer zum Brutto-Nationalprodukt 1964 bis 1970

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steiermark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vor- arlberg	Österreich
	Mill. S zu laufenden Preisen									
Land- u. Forstwirtschaft	1964 435	7.199	1.727	3.716	1.787	4.406	950	1.142	366	21.728
	1965 374	6.469	1.515	3.920	1.776	4.408	1.092	1.240	366	21.160
	1966 406	6.819	1.623	3.863	1.741	4.261	958	1.165	346	21.182
	1967 442	7.608	1.943	4.059	1.785	4.616	953	1.170	374	22.950
	1968 442	7.465	1.764	3.786	1.617	4.454	933	1.063	341	21.865
	1969 442	7.649	1.935	4.082	1.857	4.816	1.060	1.237	385	23.463
	1970 467	8.213	2.041	4.613	2.283	5.174	1.165	1.446	432	25.834
Industrie	1964 16.288	13.450	571	9.194	2.781	11.767	2.003	2.712	2.720	61.486
	1965 17.294	14.387	607	9.843	2.975	12.774	2.156	2.868	2.963	65.867
	1966 18.204	15.869	739	10.518	3.157	13.764	2.498	3.242	3.191	71.182
	1967 18.630	16.398	742	10.609	3.191	14.273	2.611	3.254	3.344	73.052
	1968 19.414	17.006	768	11.344	3.401	15.479	2.735	3.663	3.589	77.399
	1969 21.726	18.684	915	12.414	3.841	17.648	3.108	4.035	4.063	86.434
	1970 24.323	21.801	922	14.432	4.513	20.381	3.553	4.581	4.747	99.253
Produzierendes Gewerbe	1964 7.748	3.120	381	2.223	1.051	2.913	1.169	1.484	1.106	21.205
	1965 8.005	3.537	419	2.560	1.233	3.281	1.420	1.676	1.140	23.271
	1966 8.309	3.688	516	2.557	1.303	3.540	1.598	1.844	1.229	24.584
	1967 7.919	3.849	490	2.501	1.348	3.726	1.618	1.790	1.275	24.516
	1968 8.400	4.419	631	2.910	1.592	4.145	1.867	2.031	1.455	27.450
	1969 9.800	5.224	746	3.342	1.882	5.029	2.304	2.498	1.622	32.447
	1970 10.374	5.674	801	3.516	1.949	5.396	2.576	2.680	1.845	34.811
Baugewerbe	1964 5.972	3.137	430	2.728	1.310	2.943	1.482	1.890	1.010	20.902
	1965 7.153	3.751	525	3.251	1.576	3.526	1.776	2.251	1.200	25.009
	1966 7.664	4.288	553	3.569	1.853	3.900	2.019	2.545	1.272	27.663
	1967 7.292	4.449	574	3.732	2.096	4.191	2.067	2.985	1.320	28.706
	1968 6.887	4.486	629	3.801	2.229	4.087	2.115	3.086	1.257	28.577
	1969 6.740	5.222	642	4.026	2.422	3.909	2.159	2.976	1.079	29.175
	1970 8.279	5.884	881	4.933	2.819	5.214	2.678	3.030	1.515	35.233
Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme	1964 1.331	1.024	54	677	485	1.380	449	434	461	6.295
	1965 1.445	1.149	63	755	606	1.578	532	619	520	7.267
	1966 1.479	1.199	76	814	651	1.736	517	804	599	7.875
	1967 1.601	1.201	79	958	713	1.813	584	779	606	8.334
	1968 1.807	1.229	98	1.058	705	1.920	572	826	681	8.896
	1969 1.939	1.294	102	1.051	776	2.069	554	806	775	9.366
	1970 2.131	1.441	108	1.088	915	2.539	618	990	789	10.619
Verkehr	1964 4.709	1.972	203	1.760	915	1.892	912	1.101	420	13.884
	1965 4.954	2.155	221	1.880	987	2.035	991	1.174	449	14.846
	1966 5.400	2.408	247	2.092	1.105	2.273	1.126	1.328	503	16.482
	1967 5.924	2.600	272	2.262	1.202	2.468	1.231	1.456	571	17.986
	1968 6.135	2.672	286	2.361	1.257	2.579	1.292	1.539	603	18.724
	1969 6.603	2.996	311	2.559	1.393	2.814	1.431	1.713	675	20.495
	1970 7.264	3.463	351	2.905	1.586	3.208	1.632	1.939	764	23.112
Handel	1964 14.813	3.050	447	3.424	1.480	3.853	2.066	2.128	1.003	32.264
	1965 15.892	3.394	470	3.652	1.490	4.253	2.254	2.310	1.117	34.832
	1966 17.147	3.639	525	3.939	1.613	4.540	2.439	2.476	1.201	37.519
	1967 18.417	3.894	574	4.259	1.680	4.816	2.635	2.636	1.271	40.182
	1968 21.023	4.360	640	4.822	2.061	5.461	3.039	2.965	1.430	45.801
	1969 21.799	4.655	681	5.188	2.166	5.893	3.363	3.162	1.543	48.450
	1970 23.915	5.253	848	5.623	2.345	6.712	3.662	3.562	1.687	53.607
Banken, Versicherungen	1964 4.642	408	78	643	353	706	368	423	220	7.841
	1965 5.494	439	90	654	385	798	403	457	242	8.962
	1966 6.099	502	110	762	431	883	451	522	271	10.031
	1967 6.550	590	140	869	505	1.001	507	571	317	11.050
	1968 7.264	639	166	956	557	1.081	561	632	340	12.196
	1969 8.154	775	180	1.123	596	1.296	665	752	397	13.938
	1970 9.859	928	219	1.367	760	1.553	810	912	473	16.881
Wohnungswirtschaft	1964 685	517	91	390	188	442	163	191	97	2.764
	1965 757	568	98	431	208	492	183	211	107	3.055
	1966 804	601	105	461	226	530	199	229	114	3.269
	1967 868	637	112	493	241	563	217	245	122	3.498
	1968 921	666	118	518	255	595	233	263	129	3.698
	1969 1.002	716	129	563	278	652	258	286	141	4.025
	1970 1.096	772	140	618	302	711	285	307	153	4.384
Öffentlicher Dienst	1964 7.101	3.093	572	2.881	1.345	2.644	1.110	1.314	539	20.599
	1965 7.956	3.470	649	3.171	1.508	2.982	1.245	1.496	603	23.080
	1966 8.807	3.889	728	3.563	1.697	3.339	1.411	1.688	673	25.795
	1967 9.797	4.475	829	4.034	1.944	3.841	1.642	1.928	771	29.261
	1968 10.742	4.787	882	4.515	2.123	4.228	1.790	2.057	873	31.997
	1969 11.892	5.350	982	5.049	2.393	4.749	2.022	2.388	979	35.804
	1970 12.870	5.794	1.089	5.483	2.605	5.210	2.216	2.566	1.050	38.883
Sonstige Dienstleistungen	1964 7.252	1.941	268	1.833	1.257	1.946	1.292	1.754	625	18.168
	1965 7.837	2.076	296	1.997	1.441	2.123	1.508	2.115	689	20.082
	1966 8.470	2.265	329	2.184	1.602	2.318	1.707	2.357	759	21.991
	1967 9.071	2.467	362	2.355	1.679	2.512	1.842	2.541	797	23.626
	1968 10.170	2.578	404	2.593	1.885	2.752	2.067	2.822	888	24.159
	1969 11.019	2.764	425	2.757	2.084	2.930	2.302	3.286	978	28.545
	1970 11.987	2.919	466	3.033	2.312	3.108	2.612	3.714	1.109	31.260
Brutto-Inlandsprodukt (Brutto-Nationalprodukt)	1964 70.976	38.921	4.822	29.469	12.952	34.892	11.964	14.573	8.567	227.136
	1965 77.161	41.395	4.953	32.114	14.185	38.250	13.560	16.417	9.396	247.431
	1966 82.789	45.167	5.551	34.322	15.379	41.084	14.923	18.200	10.158	267.573
	1967 86.511	48.168	6.117	36.131	16.384	43.820	15.907	19.355	10.768	283.161
	1968 93.205	50.307	6.386	38.664	17.682	46.781	17.204	20.947	11.586	302.762
	1969 101.116	55.329	7.048	42.154	19.688	51.805	19.226	23.139	12.637	332.142
	1970 112.565	62.142	7.866	47.611	22.389	59.206	21.807	25.727	14.564	373.877

- a) Die alte Schätzung war ungenauer, weil weniger statistische Daten zur Verfügung standen. Die regionale Verteilung der Unternehmereinkommen z. B. mußte mit Hilfe des Gewerbesteueraufkommens 1961 geschätzt werden, das die Erträge der Jahre 1959/60 spiegelt. Bis 1964 hat sich jedoch die regionale Verteilung der Gewerbeerträge merklich geändert. Vor allem der Anteil Wiens ist (überwiegend aus demographischen Gründen) gesunken.
- b) Das Aufkommen an indirekten Steuern (insbesondere an Umsatzsteuer und Zöllen) konnte nur grob auf die Bundesländer verteilt werden. Das gleiche gilt für die „statistische Korrektur“, der Differenz zwischen Entstehungs- und Verteilungsrechnung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
- c) Zur Schätzung der Pro-Kopf-Werte des Volkseinkommens wurden in der neuen Reihe andere Einwohnerzahlen verwendet, die bereits die Volkszählungsergebnisse 1971 berücksichtigen.

Eine bessere Abstimmung zwischen Volkseinkommen und Inlandsprodukt wird möglich sein, wenn zumindest für einige Stichjahre das Volkseinkommen der Bundesländer von der Verteilungsseite neu geschätzt wird.

Methodischer Anhang

Schätzung des Inlandsproduktes 1964 bis 1970

Ausgangspunkt für die Berechnung war die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt mit dem Institut für Wirtschaftsforschung für ganz Österreich erstellte Volkseinkommensrechnung in der ab 1954 revidierten Fassung. Im Prinzip wurden die Daten für 1964 bis 1966 der Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1954 bis 1968 — Neuberechnung“ (15. Sonderheft des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Wien 1971), die für 1967 bis 1970 der Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1969 und 1970“ (Beilage 90 zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1972) entnommen. Ergänzend wurden auch unveröffentlichte Detailtabellen und Einzelangaben herangezogen sowie Erkenntnisse, die im Zuge der Erarbeitung der Input-Output-Tabelle 1964 gewonnen wurden.

Bei der Berechnung der nichtlandwirtschaftlichen Wertschöpfung der Bundesländer ging es vor allem

darum, plausible Aufteilungsschlüssel für die vorgegebenen Werte von ganz Österreich in möglichst tiefer branchenmäßiger Aufteilung zu finden. Die so ermittelten und mit möglichen Schätzfehlern behafteten Einzeldaten für jedes Bundesland wurden wieder zu größeren Wirtschaftsbereichen zusammengezogen (wo sich die Fehler größtenteils ausgleichen). Dieses Aufteilungsverfahren hat gegenüber bisher vorliegenden Versuchen, das Regionalprodukt einzelner Bundesländer zu schätzen, den Vorteil, daß die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesländer untereinander abgestimmt und auf Grund detaillierter Unterlagen zu besser abgesicherten Österreich-Werten zusammengeführt werden konnten.

Im ersten Schritt des Verfahrens erfolgte jeweils die Aufteilung für das Basisjahr 1964, die sich in den meisten Branchen auf die Angaben der nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung 1964 stützt. In weiterer Folge wurden die Ergebnisse mit Hilfe verschiedener Indizes bundesländerweise fortgeschrieben und der für jedes Jahr ermittelte Verteilungsschlüssel auf den entsprechenden Österreich-Wert der Volkseinkommensrechnung bezogen.

Industrie

Basis der Berechnungen waren die Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung 1964 in der Systematik der Volkseinkommensrechnung. Diese Daten wurden um die geschätzte Wertschöpfung der Zentralbüros berichtigt, die sich in einem anderen Bundesland (meist Wien) befinden als der Betrieb. Die Schätzung orientierte sich im wesentlichen am Personalaufwand laut Industrie-Beschäftigtenstatistik, der der Zentrale mit einem Zuschlag für Abschreibungen und übrige Bestandteile der Wertschöpfung auf Grund einer Sonderauswertung des Zensus zugerechnet wurde.

Für das Jahr 1970 wurde die „Industriestatistik 1970 — II. Teil“, die auch Netto-Produktionswerte enthält, als Vollerhebung anerkannt und die sich aus ihr ergebende regionale Verteilung mit einigen notwendigen Adaptierungen übernommen. Die Werte für die Zwischenjahre wurden in den meisten Branchen an Hand der Entwicklung der Produktionswerte nach Fachverbänden und Bundesländern der amtlichen Industriestatistik interpoliert. In einzelnen Branchen ergaben sich jedoch Besonderheiten:

So konnten für die *Eisenhütten* erst ab 1967 amtliche Werte beschafft werden, die außerdem 1968/69 einen statistischen Bruch (Änderung des Bewertungssystems) enthalten. Deshalb wurde hier auf die in dieser Branche praktisch vollständigen Umsatzmeldungen aus dem Investitionstest des Institutes zurückgegriffen.

Für die *Glasiindustrie* konnten erst ab 1967 amtliche Werte beschafft werden. Die Werte für 1964 bis 1966 wurden auf Grund von Einzelangaben geschätzt.

Die Produktionswerte der *chemischen Industrie* mußten um die Position „Gold und Goldlegierungen“ bereinigt werden. Diese Position, deren besonders hohe Bruttowerte (bei gleichzeitig extrem niedriger Nettoquote) je nach der internationalen Preisentwicklung stark schwanken, ist praktisch nur in Wien, hier aber von erheblicher Bedeutung.

Für die *Tabakindustrie* wurde im Einvernehmen mit den Austria Tabakwerken unter Berücksichtigung der örtlichen Trennung von Erzeugung und Handel für jedes Jahr ein eigener Aufteilungsschlüssel konstruiert.

In der *Sägeindustrie* wurde mit Hilfe eines Index fortgeschrieben, der aus dem Rundholzverschnitt (laut Bundesholzwirtschaftsrat) errechnet wurde.

Die Summe der Netto-Produktionswerte der einzelnen Branchen mußte noch um vom Zensus nicht erfaßte kleinere Positionen, wie z. B. Porti, Telefongebühren, Bankspesen, bereinigt werden. Diese wurden an Hand von branchenweisen Angaben der Input-Output-Tabelle 1964 nach den Netto-Produktionswerten regional verteilt und nach der Summe der Netto-Produktionswerte fortgeschrieben.

Produzierendes Gewerbe

Für das Basisjahr wurden die Produktionswerte der meisten Branchen aus dem Zensus gewonnen und nach Originalwerten aufgeteilt. Grundlage war eine Umschlüsselung des Statistischen Zentralamtes („Innungsgruppen definiert durch Dreisteller der Betriebszählung“). Nur im „Bauhilfs- und Bauneben-gewerbe“ war dieser direkte Weg nicht möglich, da in der Wirtschaftsabteilung 2 die Industrie nicht gesondert ausgewiesen wurde. Hier mußte für die einzelnen Dreisteller regional ein gleiches Verhältnis zwischen Industrie und Gewerbe angenommen werden. Auch für die sonstigen Vorleistungen wurde in allen Bundesländern ein gleich hoher Prozentsatz (2,5% vom Brutto-Produktionswert) abgezogen.

Für das Jahr 1969 wurden die Ergebnisse der Gewerbestatistik 1969, die erstmals seit dem Zensus auch für das Klein- und Dienstleistungsgewerbe Produktionswerte enthalten, als Basis für eine regionale Verteilung der Wertschöpfung herangezogen. Für die Zwischenjahre und für 1970 wurde an Hand einer erstmals konstruierten Reihe „Beschäftigte im Gewerbe“ bundesländerweise interpoliert bzw. extrapoliert. Die Zahl der Unselbständigen wurde aus der Kombination von halbjährlicher Sozialversicherungszählung und monatlicher Industriebeschäftig-

tenstatistik gewonnen. Die Zahl der Selbständigen wurde mit Hilfe der Kammer-Mitgliederstatistik aus der Volkszählung 1961 über den Zensus 1964 fortgeschrieben.

Baugewerbe

In diesem Wirtschaftsbereich ist die regionale Zuordnung in den Hauptergebnissen des Zensus unbefriedigend gelöst. Die Produktionswerte wurden regional nach dem Sitz des jeweiligen *Unternehmens* zugeordnet, wodurch sich im allgemeinen eine Verzerrung zu Gunsten Wiens ergibt. Deshalb mußte auf eine Sonderauswertung (Einsteller nach Gemeinden, regionale Zuordnung nach *Betriebsstätten*) zurückgegriffen werden. Der Zuschlag für die Eigenleistungen im Wohnbau wurde linear auf acht Bundesländer (ohne Wien) aufgeteilt.

Ab 1969 wurden die Umsätze im Bauhauptgewerbe laut Baugewerbestatistik als Verteilungsschlüssel verwendet. Es wurden allerdings nicht die Jahresmeldungen (Vollerhebung, regionale Zuordnung nach dem Sitz des Unternehmens), sondern die aufsummierten Monatsmeldungen (hochgeschätzte Stichproben, regionale Zuordnung nach dem Ort der erbrachten Leistung) herangezogen. Für die Jahre 1965 bis 1968 wurde in Anlehnung an einen Beschäftigtenindex (Unselbständige) interpoliert.

Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme

Im *Elektrizitätsbereich* wurden mit Hilfe der Betriebsstatistik des Bundeslastverteilers zunächst jährlich sämtliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) erfaßt. (In diese Kategorie fallen nicht die Industrie-Eigenanlagen sowie die Stromerzeugung der ÖBB.) Als Verteilungsschlüssel für alle EVU wurde der aktienrechtliche Rohertrag in bezug auf die Leistungseinheit angenommen. Dabei wurden grundsätzlich zwei Bereiche der E-Wirtschaft unterschieden: Stromerzeugung und Stromverteilung. Es wurde unterstellt, daß die Wertschöpfung je Leistungseinheit in beiden Bereichen ungefähr gleich hoch ist (in der Erzeugung mehr Abschreibung, in der Verteilung mehr Personalaufwand). Für die meisten Unternehmen konnte der Rohertrag direkt aus den Bilanzen (Veröffentlichungen der AG, Befragung der Ges. m. b. H.) gewonnen werden, für einige kleinere Unternehmen wurden die Vergleichswerte geschätzt. Der Rohertrag der Sondergesellschaften wurde nach dem Standort der E-Werke (Stromabgabe) regional verteilt. Für die Verbundgesellschaft wurde die Summe aus bezogenen und abgesetzten Strommengen je Bundesland als Grundlage gewählt. Bei den meisten Landesgesellschaften wurde der Rohertrag unadap-

tiert dem jeweiligen Bundesland zugeschrieben. Die Ungenauigkeit, die sich daraus ergibt, daß die Versorgungsbereiche mitunter geringfügig über die Grenzen des Bundeslandes hinausgreifen, mußte in Kauf genommen werden. Nur für die Oberösterreichische Kraftwerke AG und die Wiener Elektrizitätswerke mußte eine genauere Verteilung nach Bundesländern vorgenommen werden.

Die Produktionswerte der *Gaswerke* Wien, Linz und Graz sowie der Ferngasgesellschaften wurden für alle Jahre direkt zugeordnet. Die Verteilung der Werte der übrigen (kleineren) Gaswerke wurde für 1964 aus dem Zensus gewonnen und für die Folgejahre beibehalten.

Die Produktionswerte der *Wasserwerke* wurden in Wien jährlich aus den Rechnungsabschlüssen der Gemeinde gewonnen. Die aus dem Zensus stammenden Basiswerte der übrigen Wasserwerke wurden nach einem Index fortgeschrieben, der sich aus der Wasserleistung ergab.

Die Produktionswerte der vier *Fernheizwerke* (Baden, St. Pölten, Salzburg und Klagenfurt) wurden einzeln regional zugeordnet.

Verkehr

Die Wertschöpfung der *Bundesbahnen* (mit *Autobusbetrieb*) wurde für alle Jahre nach dem Personalaufwand aufgeteilt. Für die *Privatbahnen* wurden 1964 die (berichtigten) Originalwerte aus dem Zensus verwendet, die Fortschreibung erfolgte mit Hilfe eines Index aus den Bruttoerträgen laut Eisenbahnstatistik. Die Produktionswerte der *Schlaf- und Speisewagenunternehmungen* wurden für alle Jahre Wien zugeschrieben.

Für *Seil- und Sesselbahnen* sowie *Schlepplifte* wurden 1964 die Originalwerte des Zensus verwendet; es wurde mit Hilfe eines Index aus den geleisteten Personenkilometern laut Eisenbahnstatistik fortgeschrieben.

Im *Straßen- und Obusverkehr* mußten die lückenhaften Angaben des Zensus etwas ergänzt werden. Die Fortschreibung erfolgte mit Hilfe eines Index, der aus den Bruttoeinnahmen der einzelnen Betriebe (laut Eisenbahnstatistik) gebildet wurde. Der *Omni-busverkehr* (ohne ÖBB, ohne Post) stützt sich im Basisjahr (mit geringfügiger Adaptierung) auf die Originaldaten. Es wurde mit einem aus der Kraftfahrzeug-Bestandsstatistik gewonnenen Index fortgeschrieben. Für die *Taxi- und Mietwagenunternehmungen* wurden die Originalwerte des Zensus an Hand des Taxibestandes (Kfz-Bestandsstatistik) fortgeschrieben. Die Zensuswerte der *Lastfuhrwerksunternehmungen* wurden an Hand des Bestandes von

Lastkraftwagen in Betrieben der Wirtschaftsgruppen „Verkehr“ (laut Kfz-Bestandsstatistik) fortgeschrieben. Für *Garagen- und Servicestationen, Fahr- und Fliegerschulen* wurden die Zensuswerte an Hand des gesamten Kfz-Bestandes fortgeschrieben.

Flugverkehr: Die (berichtigten) Zensuswerte wurden mit Hilfe eines Index fortgeschrieben, der für jeden Flughafen aus der Beförderung von Personen, Fracht und Post sowie von sonstigen gewerblichen Flügen zusammengewichtet wurde.

Schifffahrt, Reise- und Verkehrsbüros, Lagerung und Aufbewahrung, sonstiges Verkehrswesen: Der aus dem Zensus 1964 ermittelte Aufteilungsschlüssel wurde für alle Jahre beibehalten.

Radio-Austria-AG: Die Produktionswerte für alle Jahre wurden zur Gänze Wien zugeschrieben.

Rohrleitungen: Diese Position existiert erst ab 1967 und umfaßt nur die Ölleitungen (Gasleitungen sind bei der Energiewirtschaft erfaßt). Die Werte der einzelnen Betriebe wurden nach ungefähren Streckenlängen regional zugeordnet.

Post- und Telegraphenverwaltung (mit Autobusbetrieb): Die Wertschöpfung wurde für alle Jahre nach dem Personalaufwand aufgeteilt.

Handel

Für das Jahr 1964 wurden die Originalwerte aus dem Zensus übernommen. Für die Jahre 1965 bis 1968 wurden die Werte für den Einzelhandel nach einem Index fortgeschrieben, der aus der regionalen Umsatzstufengliederung der Umsatzsteuerstatistik gewonnen wurde. Für den Großhandel und die übrigen Handelsgewerbe konnte dieses Verfahren nicht angewendet werden, da die regionale Umsatzstufengliederung bereits bei einem Jahresumsatz von 5 Mill. S endet und im Großhandel der Anteil der darüberliegenden Fälle für eine verlässliche Schätzung zu groß ist. Hier wurde die Verteilung des Jahres 1964 für alle Jahre beibehalten. Für 1969 und 1970 erfolgte die Fortschreibung an Hand eines neu konstruierten Beschäftigtenschlüssels, der ähnlich wie im Gewerbe erstellt wurde.

Banken, Versicherungen

Die Produktionswerte laut Zensus mußten korrigiert werden, da die regionale Zuordnung der Filialen der Großbanken unbefriedigend gelöst worden war. Hierfür wurde eine Sonderauswertung des Zensus („Produktionswerte nach Einstellern und Gemeinden“) herangezogen, die nach *Betriebsstätten* gegliedert war (Hauptergebnisse des Zensus hingegen nach *Betrieben*). Die (kleine) Differenz der Österreich-

Summe laut Zensus gegenüber dem entsprechenden Wert der Nationalproduktsberechnung, die sich im wesentlichen im Bereich der Versicherungen ergab, wurde linear auf die Bundesländer aufgeteilt. Die Basiswerte wurden mit Hilfe eines Beschäftigtenindex fortgeschrieben.

Wohnungswirtschaft

In diesem Bereich mußte als Basisjahr nicht 1964 (Zensus) sondern 1961 (Häuser- und Wohnungszählung) angesetzt werden. Der Wert für 1964 ergab sich bereits aus der Fortschreibung.

Die Aufteilung erfolgte in den drei Kategorien Mietwohnungen, landwirtschaftliche Eigenwohnungen und nichtlandwirtschaftliche Eigenwohnungen im Prinzip nach der jeweiligen Wohnnutzfläche je Bundesland. Der Wohnungsbestand bzw. die Wohnnutzfläche wurde teilweise in Anlehnung an die Wohnbaustatistik fortgeschrieben, teilweise zwischen 1961 (Häuser- und Wohnungszählung) und 1968 (Mikrozensus) interpoliert. Für die Fortschreibung der Mietwerte wurde angenommen, daß sich die Mietwerte pro m² in den Bundesländern ungefähr parallel entwickeln, d. h. daß die Anteile an der gesamtösterreichischen Wertschöpfung nur durch strukturelle Verschiebungen im Wohnungsbestand (Alter, Größe, Ausstattung) verändert werden.

Öffentlicher Dienst

Die Aufteilung erfolgte für alle Jahre im wesentlichen nach dem Personalaufwand in den einzelnen Funktionen, u. a. ermöglichten dies Informationen durch das Finanzministerium sowie Einblicke in unveröffentlichte Aufarbeitungen der Länderbudgets. Für 1970 standen verschiedene Unterlagen noch nicht zur Verfügung, so daß für dieses Jahr die regionale Verteilung an Hand der bisherigen Reihen extrapoliert werden mußte.

Sonstige Dienstleistungen

Im Bereich *Hotel-, Gast- und Schankgewerbe* wurde für das Gastgewerbe die Wertschöpfung im Basisjahr nach den Originaldaten des Zensus zugeordnet. Die Fortschreibung erfolgte für den Bereich „Beherbergungsbetriebe“ nach einem Index, der sich aus den mit geschätzten Preisen gewichteten Übernachtungen ergab, für die übrigen Bereiche nach dem Aufkommen an Getränkesteuer. Die Wertschöpfung der Privatzimmervermietung wurde für jedes Jahr auf Grund der Übernachtungen in Privatquartieren, gewichtet mit dem geschätzten regionalen Preisniveau, verteilt.

Die Aufteilung der *häuslichen Dienste* erfolgte für alle Jahre nach der Zahl der unselbständig Beschäftigten. Mögliche regionale Unterschiede im Lohnniveau konnten nicht berücksichtigt werden.

Für *Körperpflege und Reinigungswesen* wurden für das Basisjahr im allgemeinen die Originaldaten verwendet; die vom Zensus nicht erfaßten Umsätze wurden linear aufgeteilt. Die Fortschreibung erfolgte nach dem Index der unselbständig Beschäftigten.

Im Bereich *Unterricht, Bildung, Unterhaltung* wurde die Wertschöpfung Theater im Basisjahr nach der Zahl der Besucher, die Wertschöpfung Rundfunk und Fernsehen nach der Zahl der Beschäftigten aufgeteilt; für die übrigen Bereiche wurden die Originaldaten verwendet. Der Wert für den vom Zensus nicht erfaßten Restbereich wurde proportional zur Summe aller anderen Werte verteilt. Die Fortschreibung erfolgte nach einem Beschäftigtenindex, der aus den Angaben der Zensus-Vorerhebung 1964, der Betriebskartei 1967 und der Sozialversicherungszählung ab 1970 konstruiert wurde.

Im *Gesundheits- und Fürsorgewesen* wurden die Produktionswerte für Heilbäder, Sanitärdienste und Bestattungswesen direkt dem Zensus entnommen. Die Werte für die privaten Krankenanstalten wurden nach der Bettenzahl aufgeteilt. Eine direkte Ermittlung der entsprechenden Werte für jedes Bundesland mit Hilfe der Krankenanstaltenstatistik war nicht möglich, da gerade im Bereich der privaten Anstalten die Zahl der nicht oder unvollständig Meldenden sehr hoch ist. Die Umsätze der Ärzte wurden nach ihrer Kopfzahl (in drei getrennten Gruppen) aufgeteilt. Sie sind mit geschätzten regionalen Unterschieden im durchschnittlichen Einkommen in Anlehnung an die Einkommensteuerstatistik gewichtet.

Die Fortschreibung des gesamten Bereiches erfolgte mit Hilfe eines Beschäftigtenindex.

In der *Rechts- und Wirtschaftsberatung* wurden Rechtsanwälte, Notare, Wirtschafts- und technische Berater nach der Zahl der Umsatzsteuer-Veranlagungsfälle, unter Berücksichtigung der jeweiligen Durchschnittsumsätze je Größenstufe, aufgeteilt. Für technische Büros sowie für die übrigen Wirtschaftsdienste wurden die Originaldaten des Zensus verwendet. Für die Folgejahre blieb die regionale Verteilung konstant.

Im Bereich der *Nicht-Gewinn-Institutionen und sonstigen Dienste* wurden die Werte des religiösen Dienstes für alle Jahre nach der Interpolation der Einwohnerzahl zwischen 1961 und 1971 aufgeteilt, die der übrigen Bereiche nach geschätzten Beschäftigtenzahlen (Grundlage Volkszählung 1961).

Im Sektor der *Dienstleistungsbetriebe des Bundes* wurden von der Wertschöpfung des Branntweinmo-

nopols 5% Tirol zugerechnet (geschätzter Anteil des Monopollagers Innsbruck an der Gehaltssumme), der Rest sowie Hauptmünzamt und Glücksspielmonopolverwaltung Wien zugeschlagen. Diese Verteilung wurde auch für die Folgejahre angenommen.

Schätzung des Volkseinkommens 1964

Die Berechnung ging von der Entstehungsseite aus, d. h. das Brutto-Inlandsprodukt jedes Bundeslandes wurde um die volkswirtschaftlichen Abschreibungen sowie um die indirekten Steuern vermindert, um die Subventionen vermehrt und um den jeweiligen Saldo der Pendlereinkommen berichtigt. Für die regionale Aufteilung (die nur für das Jahr 1964 erfolgte) wurde im Prinzip die gleiche Vorgangsweise gewählt wie bei der Wertschöpfung, d. h. für die aus der gesamtösterreichischen Volkseinkommensrechnung gewonnenen Einzelposten wurden jeweils in möglichst tiefer sachlicher Disaggregation plausible Aufteilungsschlüssel gewählt und die Ergebnisse wieder bundesländerweise zusammengefaßt. Dabei leistete die Input-Output-Tabelle 1964 wertvolle Dienste, da für ihre Erstellung eine sehr tiefe branchenweise Aufgliederung der einzelnen Steuer- und Subventionsarten notwendig war.

Volkswirtschaftliche Abschreibungen

Für Industrie und Gewerbe dienten die im Zensus 1964 ausgewiesenen steuerlichen Abschreibungen als Aufteilungsschlüssel. Im Baugewerbe wurden von den Hauptergebnissen des Zensus die regional unterschiedlichen Strukturen (Anteil der Abschreibungen am Netto-Produktionswert), von einer Sonderauswertung die richtige regionale Verteilung herangezogen. Im Bereich Elektrizität, Gas, Wasser dienten für die Abschreibungen der EVU die steuerlichen Abschreibungen aus den Bilanzen (ohne vorzeitige Abschreibungen) als Verteilungsbasis, für die übrigen Bereiche wurden teilweise Ergebnisse des Zensus, teilweise aber auch Einzelangaben verwendet. Im Verkehr wurden die Abschreibungen von ÖBB und Post nach der Wertschöpfung, die der übrigen Bereiche nach Ergebnissen des Zensus aufgeteilt. Für den Handel dienten laut Zensus die steuerlichen Abschreibungen als Verteilungsbasis, für Banken, Versicherungen sowie für den öffentlichen Dienst die Wertschöpfung. In der Wohnungswirtschaft war die mit Kapitalstockwerten gewichtete Wohnnutzfläche in den einzelnen Wohnungskategorien für die Verteilung der Abschreibungen auf Bundesländer maßgebend. Für die sonstigen Dienstleistungen wurden die steuerlichen Abschreibungen des Zensus herangezogen. Die hier erfaßten Bereiche mußten als repräsentativ für die übrigen angenommen werden.

Indirekte Steuern

Die in den Bereich der indirekten Steuern fallenden Länderabgaben (Feuerschutzsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Verwaltungsabgaben, Anzeigenabgabe, Lustbarkeitsabgabe, Fremdenverkehrsabgabe, Kurabgaben, sonstige Abgaben) und Gemeindeabgaben (Lohnsummensteuer, Grundsteuer B, Getränkesteuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Ankündigungsabgabe, Gebrauchsabgaben, Verwaltungsabgaben, Anzeigenabgabe, Fremdenverkehrsabgabe, sonstige Abgaben) konnten mit Hilfe der Gebarungsübersichten exakt nach dem Aufkommen regional zugerechnet werden. Von den gemeinschaftlichen Bundesabgaben liegt ebenfalls das örtliche Aufkommen nach Bundesländern vor, woraus die Originalwerte für Biersteuer, Weinsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Spielbankabgabe übernommen wurden. Die regionale Zuordnung der übrigen indirekten Steuern mußte mit Hilfe plausibler Verteilungsschlüssel geschätzt werden.

Umsatzsteuer, Bundeszuschlag und Rechnungsstempel wurden folgendermaßen regional aufgeteilt: in der Land- und Forstwirtschaft nach der Endproduktion, in Energie, Verkehr sowie Banken und Versicherungen nach der Wertschöpfung, in den übrigen Bereichen (in tiefer Branchengliederung) nach dem Brutto-Produktionswert laut Zensus. Zölle, Außenhandelsförderungsbeitrag und Importausgleich wurden wie die Umsatzsteuer behandelt.

Für Tabaksteuer und Monopolabgabe, Schaumweinsteuer, Branntweinaufschlag und Monopolausgleich, Kapitalverkehr- und Versicherungssteuer diente der Brutto-Produktionswert der jeweils betroffenen Branche (Dreisteller) als Verteilungsbasis.

Mineralölsteuer, Bundeszuschlag und Preisausgleich wurden im wesentlichen auf Grund des Aufkommens an Mineralölsteuer verteilt, nur zwischen Wien und Niederösterreich war eine Bereinigung um den von der ÖMV abgeführten Betrag (laut Geschäftsbericht) notwendig. Die Beförderungssteuer wurde nach der Wertschöpfung „Verkehr“ aufgeteilt.

Die branchenmäßige Aufteilung der Unfallversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds und Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbeihilfengesetz wurde den Input-Output-Tabellen entnommen. Die regionale Aufteilung erfolgte in der Land- und Forstwirtschaft nach der Zahl der unselbständig Beschäftigten, für Energie, Verkehr, Banken und Versicherungen nach der Wertschöpfung, in den übrigen Bereichen nach dem Personalaufwand laut Zensus.

Bei den Bundesmonopolen wurden die Gewinne aus dem Salzmonopol nach der Salzförderung, aus dem Branntweinmonopol nach der Wertschöpfung aufge-

teilt, die Gewinne aus den Staatslotterien Wien zugerechnet.

Von den Ausgleichsbeiträgen zu Bundesfonds wurden die Invalidenausgleichstaxen nach dem Brutto-Produktionswert Industrie plus Gewerbe aufgeteilt, die übrigen nach den Brutto-Produktionswerten der jeweils betroffenen Branchen.

Die branchenmäßige Aufteilung für Stempelmarken, übrige Gebühren, Lebensmittelpreisausgleich und Abschöpfungsbeträge, Hochschülerschaftsbeitrag wurde den Input-Output-Tabellen entnommen, die regionale Aufteilung erfolgte nach den Brutto-Produktionswerten laut Zensus.

Subventionen

Die Preisausgleiche für Brotgetreide, Milch, Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel, die Lebensmittel-Preisstützungen, die Kostenausgleiche für Milch, Getreide, Vieh sowie die Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe wurden nach den Brutto-Produktionswerten der jeweils betroffenen Branchen verteilt, die „laufenden Zuwendungen durch andere

Fonds“ nach der Wertschöpfung der Wohnungswirtschaft.

Die regionale Zuordnung der Treibstoffverbilligung wurde dem Tätigkeitsbericht des Landwirtschaftsministeriums entnommen, die Haftungsübernahmen dem Standort der betroffenen Unternehmen zugerechnet. Der Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft wurde wie die Mineralölsteuer verteilt.

Die regionale Zuordnung der „sonstigen laufenden Zuwendungen“ erfolgte im Bereich der Bahnen nach der Wertschöpfung Privatbahnen, im Finanzsektor nach der Wertschöpfung Banken und Versicherungen, im Kohlenbergbau und Buntmetallsektor nach den Brutto-Produktionswerten Bergbau, im Fremdenverkehr nach dem Brutto-Produktionswert im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. Die Zuwendungen an die DDSG wurden Wien zugerechnet.

Einige nicht direkt zurechenbare Subventionen (etwa 10% des Gesamtbetrages) wurden in Anlehnung an die Input-Output-Tabelle nach groben Schätzungen verteilt.

Helmut Jeglitsch